Frau Deitenbach fragt, ob der in der Vorlage genannte maximale Befristungstermin 31.05.2020 generell für die Stellen der Schulsozialarbeit gilt und somit nach Ablauf der Frist keine weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten auf diesen Stellen bestehen.

Herr Dr. Storch erklärt, dass mit jedem neuen Beschäftigungsverhältnis Dauer und Anzahl der Befristungen neu beginnen. Aufgrund der natürlichen Fluktuation ist die Anzahl der Personen, die die maximale Dauer und Anzahl der Befristungen erreichen könnten, überschaubar.

Weiter erklärt Frau Deitenbach, dass sie aus den bisherigen Beratungen zum Thema Schulsozialarbeit mitgenommen hat, dass der Hauptknackpunkt für die Entfristung die fehlende Garantie des Landes zur dauerhaften Übernahme der 60%-Förderung ist, bittet sie weiter um Mitteilung, ob seitens der Verwaltung überlegt wurde, unbefristete Verträge mit einer Sonderkündigungsklausel für den Fall, dass die Landesförderung wegfällt, abzuschließen.

Die Frage wird wegen der Komplexität des Vertragsrechts in der Sitzung nicht beantwortet.

Anmerkung der Verwaltung:

Unabhängig davon, dass es mit einer Klausel für den Arbeitgeber keine Rechtssicherheit gibt, die Verträge tatsächlich beenden zu können, haben die Schulsozialarbeiterinnen gegenüber den Befristungen keine größere Sicherheit bezüglich der Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses bei der Gemeinde. Während sie bei Befristung auf eine Verlängerung warten, warten sie bei Anwendung der einer Sonderkündigungsklausel darauf, dass diese nicht angewendet wird. In beiden Fällen sind die Beschäftigten zum gleichen Zeitpunkt von den Förderzusagen des Landes abhängig.